



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DAS PRORUSSISCHE NARRATIV IN POLEN

- | | |
|--|---|
| ■ ANALYSE | |
| Die russische <i>soft power</i> in Polen | 2 |
| Łukasz Wenerski, Warschau | |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| 4. April 2017 – 1. Mai 2017 | 7 |

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Die russische *soft power* in Polen

Lukasz Wenerski, Warschau

Zusammenfassung

Seit der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbass gehören die polnischen Politiker zu den schärfsten Kritikern der Außenpolitik des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen. Erstens: Polen müsste sich eigentlich unter ständigem Beschuss durch die russische Desinformationsmaschinerie befinden, deren Ziel die Veränderung der öffentlichen Meinung über Russland ist. Zweitens scheint die polnische Öffentlichkeit den tatsächlichen Aktivitäten der russischen *soft power* besser als viele andere Länder Mittel- oder Westeuropas zu widerstehen. Abseits vom Mainstream bestehen allerdings zahlreiche Zirkel, die das Narrativ des Kreml in Polen verbreiten. Ein Teil von ihnen erhält dafür Geld, aber die Mehrheit der Personen macht hier kein finanzielles Interesse geltend, sondern folgt den eigenen ideologischen Beweggründen. Sie finden sich sowohl im Lager der extremen Rechten als auch der extremen Linken, doch es dominiert hier das rechte Lager.

Jeder, der die Einflüsse der russischen *soft power* auf die Medien, die Politik oder die Wirtschaft in Polen verfolgt, wird mit Sicherheit bestätigen, dass dies ein herausforderndes und gleichzeitig außergewöhnlich interessantes Thema ist. Seit der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbass gehören die polnischen Politiker zu den schärfsten Kritikern der Außenpolitik des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Der Versuch Russlands, sein Imperium mit der Methode »teile und herrsche« zu restaurieren, rief auf polnischer Seite eine negative Reaktion hervor. Die daraufhin ergriffenen Maßnahmen, wie beispielsweise die Stationierung zusätzlicher NATO-Truppen in Polen, zeigen, dass die Politik des Kreml als potentielle Bedrohung für die Sicherheit Polens angesehen wird. Gleichzeitig bleibt auch die polnische Gesellschaft kritisch gegenüber den Aktivitäten der russischen Machthaber eingestellt. Die Polen geben dem Kreml die Schuld für den Krieg in der Ukraine, unterstützen die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber Russland und betrachten Russland als Gefahr für die Sicherheit Polens.

Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen. Erstens: Polen müsste sich eigentlich unter ständigem Beschuss durch die russische Desinformationsmaschinerie befinden, deren Ziel die Veränderung der öffentlichen Meinung über Russland ist. Zweitens scheint die polnische Gesellschaft den Aktivitäten der russischen *soft power* besser als viele andere Länder Mittel- oder Westeuropas zu widerstehen. Wie immer, ist die Situation jedoch komplizierter. Die Propaganda und die Mechanismen des russischen Einflusses führten in Polen zu spezifischen Verbindungen von Personen und Institutionen. Manche Namen tauchen häufig und im Kontext mehrerer Organisationen auf, andere scheinen einsame Reiter zu sein. Manche stehen dem Mainstream näher, andere werden als Vertreter politischer Randgrup-

pen oder Randmedien wahrgenommen. Ein Teil der Personen und Organisationen, die sich mit ihren Aktivitäten in das russische Narrativ einschreiben, werden wohl aus russischen Mitteln finanziert, aber viele tun dies auch aus ideologischen Beweggründen, als Hobby und ohne Bezahlung.

Die wichtigste Schlussfolgerung ist, dass das russische Narrativ in Polen keinen großen Einfluss auf die Medien des Mainstreams, die Politiker und die polnische Gesellschaft im Allgemeinen zugunsten einer Erwärmung für die Außen- oder Innenpolitik Wladimir Putins oder zumindest deren Rechtfertigung hat. Dem Kreml gelang es nicht, die Allgemeinheit der Polen davon zu überzeugen, dass nicht Russland, sondern ein anderer Schuld am Konflikt in der Ukraine sei. Anders sieht die Situation außerhalb des Mainstreams aus. Die russische Propaganda ist in Polen bei vielen extremistischen Kräften sowohl im rechten als auch im linken politischen Spektrum heimisch geworden. Die extreme Rechte und Linke zeigen großes Verständnis für das russische Narrativ und manchmal scheint es, als würden sie gemeinsam daran arbeiten, das für den Kreml wichtige Ziel zu erreichen, dass der »russische Standpunkt« der am häufigsten in Polen gehörte sei.

Vor dem Hintergrund, dass die russische Propaganda in Polen kein großes Manövriertfeld hat, um das Bild Russlands in Polen zu verbessern, die Popularität der Politik Putins zu vergrößern oder die Schuld für den Konflikt im Donbass auf die Ukraine zu schieben, stehen Propagandaaktivitäten auch nicht ganz weit oben auf der Liste der Propagandaziele des Kreml in Polen. Deutlich wichtiger ist, Themen in Umlauf zu bringen und auszunutzen, die auf den ersten Blick nichts mit Russland zu tun zu haben scheinen, aber langfristig dem strategischen Ziel des Kreml dienen, die Position Russlands in der Region zu stärken. Der Umsetzung dieses

Ziels hilft die Schwächung der Position Polens, indem Spannungen innerhalb der polnischen Gesellschaft provoziert werden und »Unterstützung« dabei geleistet wird, Spannungen zwischen Polen und seinen Nachbarländern zu erzeugen.

Die Hauptthemen der russischen Propaganda

Die polnisch-ukrainischen Beziehungen

Das Thema Nummer eins, das die russische *soft power* am häufigsten ausnutzt, sind die polnisch-ukrainischen Beziehungen. Obgleich diese sehr kompliziert und vielschichtig sind, versucht die Propaganda des Kreml, sie ausschließlich auf primitive Diskussionen über die historische Schuld zu reduzieren. Bereits im Jahr 2015 stellte die *Agentur für Innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW)* Polens in einem offiziell veröffentlichten Bericht fest, dass das Ziel der russischen Propaganda die Schaffung von Missverständnissen zwischen Polen und der Ukraine über historische Themen sei. Das Thema, das hier am stärksten ausgenutzt wird, ist die Frage des sogenannten Massakers von Wolhynien.

Das »Massaker von Wolhynien« ist ein historischer Begriff. Er bezieht sich auf den Massenmord an Polen in Wolhynien und Ostgalizien während des Zweiten Weltkrieges, der von Mitgliedern der Ukrainischen Aufstandarmee (*UPA*) verübt wurde. Im Bewusstsein vieler Ukrainer und Polen herrscht eine unterschiedliche Wahrnehmung des »Massakers von Wolhynien«. Während viele Polen die Ereignisse in Wolhynien als Völkermord betrachten, überwiegt in der Ukraine die Tendenz, die Tragödie von Wolhynien – ohne sich zur Schuld zu bekennen – in den größeren Kontext der schwierigen polnisch-ukrainischen Beziehungen vor 1939 und während des Zweiten Weltkrieges einzuordnen. Hinzu kommt, dass die *UPA* in der Ukraine vor allem im Zusammenhang mit ihrem Engagement im Kampf um die Unabhängigkeit von den Sowjets gesehen wird. Die schwarzen Karten der Geschichte eines Teils der Mitglieder dieser Organisation und ihre Schuld gegenüber den Polen sind in der Ukraine weniger bekannt.

Die Propaganda des Kreml versucht, negative Emotionen zwischen Polen und Ukrainern zu wecken. Vor allem soll mit Hilfe von Medien und Politikern folgende Botschaft verbreitet werden: Nicht nur, dass die Ukrainer nicht um Entschuldigung dafür gebeten hätten, was sie in Wolhynien angerichtet hatten, sie seien auch noch stolz darauf. Sie würden die Mörder würdigen, indem sie Straßen in der Ukraine nach ihnen benennen und ihnen Denkmäler errichten. Dies sei eine Schande für Polen und zeige, wie stark die antipolnischen Ressentiments in der Ukraine vertreten seien, die in jedem

Moment hervortreten und zu tragischen Folgen führen könnten. Diese Ansichten sind besonders stark in den Medien und unter den Politikern der extremen Rechten vertreten, aber sie gelangen auch zunehmend in den Mainstream.

Um negative Emotionen mit Blick auf die schwierige Geschichte zu entfachen, versucht die Propaganda gleichzeitig, weitere Beschuldigungen anzubringen, u. a. über den Faschismus, der sich in der Ukraine entwickle und sich auch gegen Polen richte, wobei er vom Präsidenten und vom Parlament legitimiert werde. Außerdem wird bei den Polen die Angst vor einer Welle von Wirtschaftsmigranten aus der Ukraine geweckt, die den Polen die Arbeitsplätze wegnehme und zu einer Stagnation des Lohnniveaus führe.

Der Krieg im Donbass

Wie bereits erwähnt, ist die Propaganda über den Krieg im Donbass in Polen weniger wirkungsvoll. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie nicht auftritt. Die Debatten, die auf den Internetseiten extremer Gruppierungen stattfinden, aber auch Kommentare in Internetforen sind darauf ausgerichtet, einerseits die Polen und die Ukrainer zu repräsentieren, die auf derselben Seite der Front stehen, während sich andererseits auf der gegnerischen Seite die »faschistische Ukraine« befindet.

Ein anderes Argument, das von dem das prussische Narrativ vertretenden Milieu eingesetzt wird, lautet, dass es nicht im polnischen Interesse liege, die Ukraine zu unterstützen, da die Ukraine langfristig nicht ihre Unabhängigkeit aufrechterhalten werde. Polen solle sich daher darauf konzentrieren, freundschaftliche Beziehungen zu dem echten Souverän im Osten, das heißt zu Russland, zu entwickeln.

Die NATO

Die extreme Rechte und die extreme Linke in Polen verbindet ein starker Antiliberalismus und die Tatsache, dass beide die geopolitische Positionierung Polens nach 1989 in Frage stellen. Antiamerikanismus und Abneigung gegenüber der NATO sind häufige Erscheinungen im extremistischen Milieu. Das russische Narrativ passt sich gut in die Haltung dieses Milieus ein und nutzt sie gekonnt aus. Das Ziel der Propaganda ist, die USA als Opportunisten und Heuchler darzustellen, die vor nichts zurückschrecken, um ihre dominierende Position in der Welt auszubauen, den Sturz von Regierungen anderer Länder inbegriffen. Im Gegensatz zu den USA werden die Regierenden Russlands als vernünftige Politiker dargestellt, deren Ziel der Schutz des eigenen Landes ist. Die Hauptbotschaft der Propaganda ist: Die amerikanische Version der Demokratie ist für die Welt gefährlicher als die russische Version der Aufrechterhaltung des Status quo.

Die Propaganda versucht, kritische, wenn nicht gar hysterische Emotionen gegenüber der NATO zu erzeugen. Demnach würden die Polen einen fatalen Fehler begehen, wenn sie ihre Beziehungen zum Bündnis intensivieren, indem sie NATO-Kampftruppen nach Polen holen. Dies könne katastrophale Folgen für die Sicherheit Polens haben. Russland wolle keinen Krieg, aber Polen und andere Länder provozierten dahin gehend. Hier ist wichtig festzustellen, dass die antiamerikanische und die Anti-NATO Propaganda in Polen nicht darauf ausgerichtet ist, die Polen davon zu überzeugen, den einen Verbündeten – die USA – gegen den anderen – Russland – auszutauschen. Dies scheint unrealistisch zu sein. Das Ziel ist, die Gesellschaft zu spalten und zu suggerieren, dass keine Richtung der Zusammenarbeit gut für Polen ist, sowie bei den Polen Angst zu säen, dass es jeden Moment zu einem Krieg kommen könne, wenn die NATO nicht aufhöre, Russland zu »provokieren«, – und Polen würde dann ein Teil dieses Krieges sein.

Der westliche Liberalismus

In den Ländern des Westens wird die russische Propaganda häufig mit Aktivitäten identifiziert, die die Bürger der USA und der Europäischen Union davon überzeugen sollen, dass die westliche Zivilisation ihrem Niedergang zustrebt und dass die liberale Demokratie Schuld an diesem Zustand ist. Im Gegensatz zum westlichen Liberalismus präsentiert das Narrativ des Kreml Russland als Alternative, als einen Ort, wo die traditionellen Werte wie Familie, Nation und Religion sich größerer Achtung erfreuen als anderswo. Während das Argument des guten, konservativen Russlands und des schlechten liberalen Westens in vielen Ländern ein geneigtes Publikum findet, hat es in Polen einen viel geringeren Erfolg. Die polnische Gesellschaft ist katholisch-konservativ, weshalb Versuche, die auf dem orthodoxen Christentum gründen, kaum Gehör finden. So scheinen viele Polen zu meinen, dass die russische Rückkehr zum Konservatismus eher rein politische Gründe hat und ausschließlich dazu dient, konkrete Propagandaziele zu erreichen.

Polen mag gegenüber der aktuellen Version des russischen Konservatismus immun sein, es ist jedoch ein fruchtbarer Boden für Propaganda in Sachen Flüchtlingsproblematik. Die polnische Gesellschaft ist in ihren Ansichten zur Aufnahme von Flüchtlingen in Polen tief gespalten; aktuell ist die Mehrheit dagegen. Die russische Propaganda nutzt die Angst und Abneigung gegenüber Flüchtlingen aus und fördert sie, indem sie die Polen zu überzeugen versucht, dass die Aufnahme von Flüchtlingen in Polen eine Bedrohung für die traditionellen polnischen Werte darstelle und die Gefahr terroristischer Anschläge erhöhe. Allerdings spielt die Propaganda hier

nur eine Hilfsrolle bei der Entwicklung eines negativen Bildes der Flüchtlinge, denn ähnliche Meinungen sind im Mainstream der Politik und der Medien in Polen ohnehin aktuell.

Wer steht hinter dem Ganzen?

Die Beobachtung der russischen *soft power* in Polen zeigt, dass im Internet eine Reihe von Portalen sowie Profilen sozialer Medien zugänglich sind, deren Publikationen sich in die »kommunikative Strategie« des Kreml integrieren. Im Folgenden werden einige Beispiele für Medien aufgeführt, die politische Ereignisse mit Bezug zur Ukraine, der NATO oder den USA aktuell so interpretieren, wie oben dargestellt.

Die sichtbarste Internetseite im Kontext des russischen Narrativs ist das Internetportal »Kresy«. Die Webseite entstand im Jahr 2008 vor allem, um die Erinnerung an die infolge des Zweiten Weltkrieges verlorenen polnischen Ostgebiete wachzuhalten. Populär wurde sie, als sie live die Ereignisse des Euromajdan, die Annexion der Krim und den Beginn des Krieges im Donbass kommentierte. Zurzeit ist die Seite für ihre antiukrainischen Kommentare bekannt, die häufig auf historischen Ressentiments gründen. Die Ukraine und die ukrainische Regierung werden auf »Kresy« fast ausschließlich kritisiert oder verspottet. Informationen über das russische Engagement im Krieg gegen die Ukraine tauchen selten auf.

Eine deutlich prorussische Haltung präsentiert das Portal »Xportal«. Es ist antiukrainisch, stellt sich gegen das Engagement Polens in der NATO, kritisiert vehement die USA und stellt die Grundlagen der liberalen Demokratie infrage. Chefredakteur ist Bartosz Bekier, der außerdem der extremistischen Organisation *Falanga* vorsteht.

Die Webseiten »Novorossija Today« und »Tragedia Donbasu« sowie das Facebook-Profil »Noworosja Walczy« sind Medienformate, die mit russischer Propaganda gefüllt sind. Der Redakteur ist Dawid Hudziec, ein Pole, der in den von prorussischen Separatisten besetzten Donbass ging. Er arbeitet dort als Journalist und stellt den Kampf im Donbass durch das Prisma des russischen Narrativs dar.

Weitere Beispiele für Internetportale wären »Konservatyzm« – vor allem dafür, dass hier Artikel von Personen wie Konrad Rękas veröffentlicht werden, der der Vize-Vorsitzende der prorussischen Partei *Zmiana* (*Die Veränderung*) ist, sowie »Obserwator polityczny«, eine Seite, die eine große Menge Propagandamaterial produziert. »Obserwator polityczny« arbeitet mit der Stiftung »Russkij Mir« zusammen. Das Facebook-Profil »Ukrainiec nie jest moim bratem« (deutsch: Der Ukrainer ist nicht mein Bruder) zeigt bereits im Namen

an, dass dort stark antiukrainische Inhalte verbreitet werden.

Prorussische Politiker und Organisationen in Polen

Mateusz Piskorski und die Partei Zmiana

In der polnischen Politik ist das prorussische Narrativ vor allem außerhalb des Mainstreams präsent, das heißt außerhalb des polnischen Parlaments. Das signifikanteste Beispiel für das russische Narrativ in der polnischen Politik ist *Zmiana*, eine Partei, die nicht offiziell registriert ist. Die »erste nichtamerikanische« Partei – so die Internetseite – wurde von Mateusz Piskorski gegründet, einem ehemaligen Politiker der Partei *Samoobrona* (*Selbstverteidigung*). Piskorski rühmte sich im Jahr 2014 seiner antiukrainischen Aussprüche, die sich ideal in die Inhalte der russischen Propaganda integrierten. Die Ukraine »ist ein bankrotter Staat. Als der Westen, darunter auch Polen, die Anhänger Banderas in der Ukraine unterstützte, versank das Land im Chaos [...] Die Bürger der Krim hatten seit langem prorussische Ansichten. Sie haben Angst vor einem Banderastan. Auch wir sollten uns fürchten.«

Im Mai 2016 wurde Piskorski unter dem Vorwurf der Spionage für Russland und China festgenommen. Bis dahin war er wahrscheinlich der populärste polnische Kommentator zum Thema Ukraine in den russischen Medien. Er präsentierte eine ungewöhnlich kritische Haltung gegenüber der ukrainischen Regierung und verglich sie mit Neonazis.

Journalisten der überregionalen linksliberalen Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« zufolge, die sich auf Informationen aus dem unmittelbaren Umfeld des Prozesses gegen Piskorski stützen, hat die *Agentur für Innere Sicherheit* Beweise dafür gesammelt, dass »*Zmiana* und mit ihr verbundene Organisationen von russischen Sonderdiensten finanziert und kontrolliert und für operative Ziele eingesetzt werden«. Piskorski und *Zmiana* seien rekrutiert worden, um die polnische öffentliche Meinung zu manipulieren und antiukrainische Ressentiments in der polnischen Bevölkerung zu wecken.

Janusz Korwin-Mikke

Ein interessantes Beispiel ist Janusz Korwin-Mikke, Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Partei *Freiheit* (*Wolność*). Bei den letzten Parlamentswahlen (2015) erhielt seine Partei 4,76 Prozent der Stimmen und war nur 0,24 Prozentpunkte vom Einzug ins Parlament entfernt. Korwin-Mikke ist ein extremer Wirtschaftsliberaler und zeigt eine starke Antihaltung gegenüber der EU. Er bekennt offen, dass es seine Mission als Abgeordneter des Europäischen Parlaments

sei, die Europäische Union zu zerstören. Seine Meinungen über den russisch-ukrainischen Krieg sind recht eindeutig – er hat Verständnis für den Entschluss Russlands zur Annexion der Krim. Seiner Meinung nach stellt die Ukraine eine Bedrohung für Polen dar, und solange Russland der Feind unseres Feindes (der Ukraine) sei, sei es unser natürlicher Verbündeter. Korwin-Mikke äußert sich positiv über Putin und meint, dieser wäre auch ein guter Führer in Polen. Ebenso lobt er Ramsan Kadyrow, den Präsidenten der Republik Tschetschenien, eine »vernünftige Person« mit einer wirtschaftsliberalen Haltung zu sein.

Korwin-Mikke hat die Krim und Tschetschenien besucht, wo er sich für eine prorussische Politik aussprach und sich mit den lokalen Obrigkeiten traf. Experten, die die russische Desinformationspolitik in Polen beobachten, sind der Ansicht, dass Korwin-Mikke nicht aus russischen Mitteln finanziert wird, trotz aller Aussagen und Aktivitäten, die sehr gut in das Schema der russischen Propaganda passen.

Die genannten Personen und Parteien sind die deutlicher erkennbaren und stark mit der Politik verbundenen Beispiele. Allerdings ist die Landschaft der Organisationen und Personen, die die russische Narration in Polen fördern, komplizierter. Solche Organisationen operieren auf vielen Kommunikationsebenen mit den Rezipienten. Manche richten sich an Rezipienten, die äußerst anspruchsvolle Inhalte suchen, wie sie zum Beispiel Think Tanks liefern. Andere engagieren Menschen im Rahmen einer gemeinsamen, rechten oder linken, Ideologie. Im Folgenden werden einige dieser Organisationen vorgestellt.

Das Europäische Zentrum für Geopolitische Analysen

Ein Beispiel für Inhalte mit intellektuellem Anstrich ist der Think Tank *Europäisches Zentrum für Geopolitische Analysen* (*Europejskie Centrum Analiz Geopolitycznych – ECAG*). Die Tätigkeiten des ECAG konzentrieren sich auf die Beobachtung von gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen und deren Einflüssen auf die geopolitische Situation. Der Think Tank wurde im Jahr 2007 vom bereits genannten Mateusz Piskorski gegründet. ECAG erreicht seine Rezipienten vor allem mit Hilfe des Portals »geopolityka«, wo fortlaufend Artikel zu politischen und historischen Themen publiziert werden. Das größte Aufsehen erregte ECAG damit, dass Personen, die mit dem Think Tank verbunden sind, in der Funktion von Wahlbeobachtern in Länder reisen, die als undemokratisch gelten. Da sie dort an Konferenzen und Wahlveranstaltungen teilnehmen, die von den nichtdemokratischen Machthabern gesponsert werden, werden ihre Aktivitäten als Versuche gewertet,

die autoritären Regime für die öffentliche Meinung zu legitimieren.

Das ECAG nahm an Beobachtermissionen in den nicht anerkannten Republiken Abchasien, Ossetien, Transnistrien und Bergkarabach sowie in Belarus und Syrien teil, das heißt in autoritär regierten Ländern. Wenn Piskorski russischen Medien Interviews gab und zu überzeugen versuchte, dass der Euromajdan eine Provokation westlicher Politiker und NGOs gewesen sei, trat er das häufig als Experte des ECAG.

Die Recherche des investigativen Portals »Laundromat«, die enthüllte, auf welche Weise über 20 Billionen US-Dollar aus Russland ausgeführt worden waren, deckte bei dieser Gelegenheit auch auf, dass einer der Abnehmer des gewaschenen russischen Geldes der ECAG war. Nach Angaben der Investigationsjournalisten gingen auf das Konto der Organisation zirka 27.000 US-Dollar ein.

Falanga

Ein Beispiel für eine Organisation, die das prorussische Milieu um eine ideologische Botschaft sammelt, ist die rechtsextreme *Falanga*. Ihr Name stammt von der *National-Radikalen Bewegung Falanga (Ruch Narodowo-Radykalny Falanga)* aus der Vorkriegszeit, einer faschistischen Organisation, die kurze Zeit in der Zweiten Republik existierte. Das aktuelle Manifest teilt mit, dass die Organisation gegen die Grundsätze der liberalen Demokratie und das kapitalistische Wirtschaftssystem ist. Die *Falanga* vertritt eine Anti-NATO-Position und protestiert entschieden gegen die Stationierung von NATO-Truppen in Polen. Ein weiteres Markenzeichen ist die feindliche Haltung gegenüber der aktuellen Ukraine. Während des »Marsches der Unabhängigkeit« im Jahr 2016, einer Veranstaltung des rechten politischen Milieus zum Tag der Unabhängigkeit (11. November) in Polen, trugen Vertreter der *Falanga* Transparente mit der Aufschrift »Stopp der NATO«. Der Kopf der *Falanga* ist Bartosz Bekier, der auch das Internetportal »Xportal« betreibt. Bekier ging im Jahr 2014 in den Donbass, wo er sich als polnischer Journalist ausgab, der die prorussischen Separatisten unterstützt. In Warschau wollen *Falanga*-Vertreter unter dem Motto »Rettet die Einwohner Neurusslands vor der ukrainischen Armee«, begleitet von Flaggen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, vor der Botschaft der Ukraine demonstrieren.

Eine gewisse Aufmerksamkeit erfuhr die *Falanga*, als ihre Mitglieder im Jahr 2015 »Anti-Bandera-Kontrollgänge« an der Grenze zur Ukraine organisierten. Die Freiwilligen der *Falanga* waren wie professionelle Soldaten gekleidet und patrouillierten an der Grenze. Dies war besonders für das russische Fernsehen interessant. Die Patrouille wurde vom krenlfreundlichen Fern-

sehsender »NTW« als Beispiel gebracht, dass sich auch die Polen vor dem ukrainischen Faschismus fürchten.

Das Lager des Großen Polen

Eine andere rechtsextreme Organisation, die das russische Narrativ in Polen aktiv verbreitet, ist das *Lager des Großen Polen (Obóz Wielkiej Polski – OWP)*. Ihr Hauptmerkmal ist ihre stark antiukrainische Einstellung. Dawid Hudziec, ein Pole, der im besetzten Donbass als Reporter für das Portal »Novorussija Today« arbeitet, ist ein Mitarbeiter des OWP. Dawid Berezički, der Vorsitzende der Organisation, erhielt im Jahr 2015 ein Einreiseverbot für die Ukraine infolge seiner antiukrainischen Aktivitäten. Ein Einreiseverbot droht auch Dawid Hudziec.

Die Kommunistische Jugend Polens

Im Gegensatz zum rechtsextremen *Lager des Großen Polen* und der *Falanga* ist die *Kommunistische Jugend Polens (Komunistyczna Młodzież Polski)* eine linksextreme Organisation. Sie lobt nicht nur den Kommunismus, sondern sogar die Stalinzeit in der Sowjetunion, erhält aber in Polen im Grunde keine Unterstützung und ist kaum sichtbar. Dennoch soll sie hier aus zwei Gründen genannt werden: Erstens gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der Partei *Zmiana*. Zweitens ging ihre Vorsitzende, Ludmiła Dobrzyniecka, in die Ukraine, um dort in einem Freiwilligentrupp im Donbass auf der Seite der Separatisten zu kämpfen.

Fazit

Es scheint, dass die russische Propaganda in Polen weniger erfolgreich ist als in den anderen Ländern der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Die stärksten politischen Milieus und die Medien des Mainstreams unterliegen eher nicht den Einflüssen der russischen *soft power*, wenn auch die unbewusste Übernahme des russischen Narrativs kein Einzelfall ist. Abseits vom Mainstream bestehen allerdings zahlreiche Zirkel, die das Narrativ des Kreml in Polen verbreiten. Ein Teil von ihnen erhält dafür Geld, aber die Mehrheit der Personen macht hier kein finanzielles Interesse geltend, sondern folgt den eigenen ideologischen Beweggründen. In Polen findet man Organisationen und Personen, die das russische Narrativ verbreiten, sowohl im Lager der extremen Rechten als auch der extremen Linken, doch es dominiert das rechte Lager. Die russische Propaganda umfasst eine Reihe von Themen: kritisiert und angegriffen werden die USA und die NATO sowie die EU und einzelne Mitgliedsländer (zum Beispiel Deutschland) und es wird Abneigung gegenüber Flüchtlingen geweckt. Das Thema, das am meisten bedient wird, sind die polnisch-ukrainischen Beziehungen, ins-

besondere ihre historische Dimension. Versuche, die Verantwortung für die Verbrechen der Vorfahren auf die ukrainischen Zeitgenossen zu übertragen, werden mit dem Vorwurf des wachsenden – angeblich ausgeprägt antipolnischen – Faschismus in der Ukraine verknüpft und mit der Angst vor der ukrainischen Migration nach Polen gespickt, was großen Erfolg bei den extremistischen Gruppen hat, die zumindest in den sozialen

Medien vertreten sind. Manchmal gelangen sie auch in den Mainstream, so beispielsweise im Herbst 2016 im Zusammenhang mit Diskussionen über einen polnischen Film über das »Massaker von Wolhynien«, der von extremistischen Milieus genutzt wurde, um Polen und Ukrainer gegeneinander aufzubringen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Łukasz Wenerski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych, Warszawa) und dort Projektkoordinator des Europäischen Programms. Seine Forschungsgebiete sind die Ostpolitik der Europäischen Union, Russland, die Östliche Partnerschaft und die polnische Außen- und Europapolitik.

CHRONIK

4. April 2017 – 1. Mai 2017

04.04.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło bekräftigt, dass die Regierung eine Reform des Gerichtswesens durchführen und Justizminister Zbigniew Ziobro in Kürze einen Vorschlag vorlegen wird. Der Bürgerdialog während des Parlamentswahlkampfes habe die Notwendigkeit einer Reform deutlich gemacht. Kritiker warnen u. a. davor, dass 15 Richter des Landesrates des Gerichtswesens (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) vom Sejm bestimmt werden sollen und nicht mehr von den Gerichten.
06.04.2017	Kulturminister Piotr Gliński teilt seine Entscheidung mit, das Museum des Zweiten Weltkrieges und das Museum Westerplatte, beide in Danzig (Gdańsk) ansässig, zusammenzuschließen. Am Vortag hatte ein Gericht die Entscheidung ermöglicht. Interimsdirektor wird der Historiker Karol Nawrocki, der bisher eine leitende Funktion im Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) in Danzig innehatte. Paweł Machcewicz, bisheriger Direktor des Museums des Zweiten Weltkrieges, appelliert an Gliński, die Ausstellung des Museums nicht zu verändern und sie von den Besuchern bewerten zu lassen. Hintergrund ist die Kritik der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dass die Ausstellung zu universalistisch und zu wenig patriotisch sei.
06.04.2017	In einem Radiointerview sagt Außenminister Witold Waszczykowski, es sei eine diplomatische Pflicht, Russland zur Zusammenarbeit bei der Aufklärung der Ursachen der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) aufzufordern. Je länger Russland das Flugzeugwrack der polnischen Luftwaffe und die Blackbox verberge, desto mehr würde es den Polen bewusst machen, dass es an der Katastrophe von Smolensk mitschuldig sei. Anfang der Woche hatte die Generalstaatsanwaltschaft mitgeteilt, dass die Vorwürfe gegenüber den russischen Fluglotsen im Tower des Flugplatzes in Smolensk erweitert worden seien und ihnen die vorsätzliche Herbeiführung des Flugzeugunglücks vorgeworfen würde.
07.04.2017	Nach einer scharfen Debatte stimmt der Sejm über das von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) initiierte Misstrauensvotum gegen die Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ab. 174 Abgeordnete stimmen für den Antrag, 238 sprechen sich dagegen aus, vier enthalten sich.
08.04.2017	Auf dem Piłsudski-Platz in Warschau findet die Vereidigung von 27 Unterleutnants der neu berufenen Armee zur Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT) statt. Verteidigungsminister Antoni Macierewicz sagt, die WOT knüpfe an die historische Erfahrung der Bürgerarmee an, die in Situationen höchster Bedrohung ins Leben gerufen worden sei. Die WOT ist neben dem Heer, der Luftwaffe, der Marine und den Spezialkräften die fünfte Teilstreitkraft der Polnischen Armee.

10.04.2017	Die von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Flugzeugunglücks von Smolensk (2010) stellt ihre Ergebnisse vor. Demnach haben thermobarische Explosionen zum Absturz der Maschine geführt. Dagegen sagt Maciej Lasek, Mitglied der staatlichen Untersuchungskommission, die in den Jahren 2010 bis 2011 das Unglück untersucht hatte, Experten zufolge hätten die Spuren an den Flugzeugtrümmern und die Verteilung der Trümmer keine Hinweise auf Explosionen gegeben. Im Untersuchungsbericht aus dem Jahr 2011 war als Unglücksursache der Zusammenprall mit Bäumen beim Sinkflug angegeben worden.
10.04.2017	In Warschau finden die zentralen Gedenkfeiern aus Anlass des siebten Jahrestages der Flugzeugkatastrophe von Smolensk in Anwesenheit hoher staatlicher Vertreter statt.
11.04.2017	Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Grzegorz Schetyna, bezeichnet die Präsentation der Untersuchungsergebnisse zu den Ursachen des Flugzeugabsturzes von Smolensk (2010), die am Vortag stattfand, als »pseudowissenschaftlich«. Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die die erneute Untersuchung initiiert hatte, vertrete die absurde These eines Anschlags als Unglücksursache. Die damalige Regierung aus PO und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) habe seinerzeit alles getan, um die Katastrophe aufzuklären. Allerdings sehe er aus heutiger Perspektive, dass die Staatsanwaltschaft insbesondere mit Blick auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit mehr hätte tun können, so Schetyna. Dies wirke sich noch heute auf die Gefühlslage in dieser Angelegenheit aus.
12.04.2017	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet eine Gesetzesnovelle über die Ordnung der Appellations-, Kreis- und Bezirksgerichte. Künftig werden die Gerichtsdirektoren vom Justizminister eingesetzt und abberufen, ohne Antrag des Gerichtspräsidenten und ohne obligatorische Ausschreibung des Postens. Die Gerichtsdirektoren sind zuständig für finanzielle Angelegenheiten der Gerichte und öffentliche Aufträge; sie haben keinen Einfluss auf die Rechtsprechung. Die Opposition kritisiert, dass die Gerichte der Politik untergeordnet werden.
13.04.2017	Innenminister Mariusz Błaszczak unterstreicht, dass Polen einer Verteilungsquote für Flüchtlinge auf die EU-Länder nicht zustimmt. Dies würde weitere Flüchtlingswellen nach Europa auslösen. Polen müsse außerdem auf eine Notfallsituation in der Flüchtlingskrise vorbereitet sein. Dazu sollen die vom Innenministerium vorbereiteten Verordnungen für bewachte Flüchtlingsunterkünfte in Form von abgeschlossenen Containerlagern dienen.
18.04.2017	Sejmmarschall Marek Kuchciński, Senatsmarschall Stanisław Karczewski und der Präsident der Nationalversammlung Ungarns, László Kövér, unterzeichnen in Warschau eine Vereinbarung über eine verstärkte Zusammenarbeit der Parlamente beider Länder. Die Intensivierung der Zusammenarbeit diene auch der Stärkung der Region Ostmitteleuropa sowie der Stärkung der Europäischen Union, so Karczewski. Kuchciński verleiht Kövér einen Orden als Auszeichnung für besondere Verdienste um die polnisch-ungarische Zusammenarbeit.
19.04.2017	Donald Tusk, EU-Ratspräsident und ehemaliger Ministerpräsident Polens, sagt in Warschau vor der militärischen Abteilung der Bezirksstaatsanwaltschaft im Rahmen der Untersuchung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) als Zeuge aus. Er wird zur Zusammenarbeit zwischen der polnischen Militärischen Spionageabwehr (Służba Kontrwywiadu Wojskowego – SKW) und dem russischen Föderalen Sicherheitsdienst befragt. Es soll herausgefunden werden, ob die Führungskräfte des SKW ihre Kompetenzen überschritten haben, indem sie ohne die erforderliche Erlaubnis des Ministerpräsidenten die Zusammenarbeit mit einem ausländischen Sicherheitsdienst aufgenommen haben.
19.04.2017	In Anwesenheit von Vertretern der jüdischen <i>community</i> , des Staates, der Selbstverwaltung und des diplomatischen Corps gedenkt Ministerpräsidentin Beata Szydło des Beginns des Ghettoaufstandes in Warschau gegen die deutsche Besatzung vor 74 Jahren.
20.04.2017	Sławomir Broniarz, Präsident des Verbands der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP), teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass seit Februar über 900.000 Unterschriften für die Durchführung eines Referendums zur Schulreform gesammelt wurden, die Sejmmarschall Marek Kuchciński ausgehändigt werden. Für die Beantragung eines Referendums wären 500.000 Unterschriften notwendig gewesen. Die Schulreform, die ab dem 1. September in Kraft tritt, sieht eine Umstrukturierung vor, hin zu einer achtjährigen Grundschule, einer vierjährigen Oberschule, einem fünfjährigen Technikum und zweistufigen branchenbezogenen Schulen. Die Mittelschule (zwischen Grund- und Oberschule) soll aufgelöst werden.
21.04.2017	Paul Ryan, der Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, William Thornberry, sowie sechs Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses sind zu Gesprächen in Warschau. Ryan trifft sich mit Ministerpräsidentin Beata Szydło sowie mit Präsident Andrzej Duda. Thematisiert werden Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO und in Ostmitteleuropa sowie der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.
22.04.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło erklärt, der Antrag auf ein Referendum zur Schulreform, der zwei Tage zuvor dem Sejm vorgelegt wurde, sei zu spät eingereicht worden, da die Reform bereits beschlossen sei und nun umgesetzt werde. Ihrer Meinung nach ist der Referendumsantrag politisch motiviert.

23.04.2017	Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsidentin Beata Szydło eröffnen die 70. Hannover-Messe, auf der Polen als Partnerland mit ca. 200 Firmen vertreten ist. Bei der Eröffnungsfeier spricht sich Merkel für den freien Welthandel und mit Blick auf Polen für Offenheit im Handel wie auch in der Gesellschaft aus. Szydło sagt mit Bezug auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, Polen sei ein sicheres Land, in dem positive Veränderungen für die Unternehmen eingeführt worden seien. Beide Regierungschefinnen bekennen sich zur Europäischen Union. Szydło erklärt, nach dem »Brexite« müssten weitere EU-Austritte verhindert werden. Dafür müsse in der EU verbessert werden, was nicht optimal funktioniere. Ein auf Werte gestütztes Europa müsse diese Werte auch verteidigen.
24.04.2017	Das Präsidialamt teilt mit, dass der Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, Präsident Andrzej Duda in einem Telefonat über den Verlauf und das Ergebnis des Verfassungsreferendums sowie über die nächsten Schritte der Umsetzung des Systemwechsels in der Türkei informiert hat. Duda habe auf die Bedeutung des Vertrauens und des Dialogs zwischen den europäischen Staaten hingewiesen. Weiter habe er die Wichtigkeit unterstrichen, dass die Türkei ihre Verpflichtungen im Rahmen der NATO und der Zusammenarbeit mit der EU in der Flüchtlingskrise erfülle.
25.04.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło teilt mit, dass der Kommandant der Woiwodschaftspolizei der Woiwodschaft Kleinpolen (woj. małopolskie), Tomasz Miłkowski, den Posten des Chefs des Büros zum Schutz der Regierung (Biuro Ochrony Rządu – BOR) übernimmt. Er soll die Reform des BOR übernehmen, wobei das BOR durch eine neue Institution ersetzt werden soll.
26.04.2017	Nach dem aktuellen Bericht der Organisation »Reporter ohne Grenzen« über die Pressefreiheit ist Polen unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) im weltweiten Ranking um sieben Plätze auf Platz 54 gefallen.
26.04.2017	Die Vizevorsitzende und Pressesprecherin der Partei Die Moderne (Nowoczesna), Katarzyna Lubnauer, wird zur neuen Fraktionsvorsitzenden im Sejm gewählt. Ryszard Petru, der bisherige Fraktionschef, behält das Amt des Parteivorsitzenden. Mit der neuen effektiveren Aufgabenverteilung sei auf den Rückgang der Popularität der Partei in Meinungsumfragen reagiert worden. Petru wolle sich dem Wahlkampf auf der Selbstverwaltungsebene im Herbst 2018 widmen.
27.04.2017	Die Europäische Kommission fordert Polen erneut auf, vom Holzeinschlag im großen Stil im Białowieża-Urwald (Nordostpolen) Abstand zu nehmen. Vor einem Jahr hatten die polnischen Behörden eine Änderung des Forstwirtschaftsplans beschlossen, der mit den Naturschutzziele für dieses Gebiet nicht vereinbar ist. Die Änderung war mit der Bekämpfung des Borkenkäfers begründet worden. Da aufgrund dieser Maßnahmen eine irreparable Schädigung zu befürchten stünde, handle es sich um die letzte Mahnung der Kommission. Sollte Polen den Verstoß gegen EU-Recht nicht fristgerecht einstellen, könne beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen Polen erhoben werden.
28.04.2017	Im Interview mit dem Nachrichtenportal »wPolityce« bezieht sich Außenminister Witold Waszczykowski auf eine Äußerung Emanuel Macrons, des Siegers des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Dieser hat am Vortag in einem Interview gesagt, dass er sich im Falle seines Wahlsieges für Sanktionen gegenüber Polen aussprechen würde, da es die Unterschiede in der Höhe des Sozialabgaben zwischen den EU-Ländern ausspielen würde. Hintergrund ist, dass das Unternehmen Whirlpool im französischen Amiens zurzeit bestreikt wird, da die Produktion nach Lodz (Łódź) verlegt werden soll. Waszczykowski sagt, die Aussage Macrons müsse vor dem Hintergrund des Wahlkampfes in Frankreich verstanden werden. Dessen ungeachtet stelle Macron die Prinzipien des gemeinsamen EU-Binnenmarktes in Frage und verletze europäische Standards und die Prinzipien der Freundschaft zwischen Frankreich und Polen.
29.04.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło nimmt in Brüssel am EU-Gipfel der Mitgliedsstaaten ohne Großbritannien teil, auf dem die Austrittsverhandlungen infolge des »Brexite« beraten werden. Die wichtigsten Ziele für Polen seien konkrete Rechte für polnische Staatsbürger, die in Großbritannien leben, die finanziellen Angelegenheiten des »Brexite« und der Aufbau möglichst enger Beziehungen zu Großbritannien nach dem Austritt aus der EU.
01.05.2017	In einem Interview aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Fernsehsenders »TVP Historia« sagt Präsident Andrzej Duda, dass die aktuelle »Patriotismus-Mode« eine Gegenreaktion auf die Pädagogik der Scham sei, die der Gesellschaft in den 1990er Jahren auferlegt worden sei. Der Konflikt um das Gedenken der »verfemten Soldaten« sei auch eine Auseinandersetzung darüber, wer die Geisteshaltung in Polen aktuell bestimmen solle, wobei er den Postkommunisten eine Absage erteile. Viele, die heute einflussreiche Positionen besetzen, seien Kinder und Enkelkinder der Errichter des kommunistischen Systems. Daher sei es klar, dass diese kein Interesse daran hätten, die »verfemten Soldaten« als Kämpfer für ein freies Polen zu ehren.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen